



Nr. 9

2. März 2023

Inhalt

Einkommensrunde im öffentlicher Dienst

[Bund und Kommunen bieten „Mogelpackung“ – Warnstreiks ausgeweitet](#)

dbb frauen

[Equal Care Day: Mehr Entlastung für pflegende Angehörige](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hessen

[Studie „Gewalt gegen Lehrkräfte“: Kultusministerium wiegelt ab](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Finanzkontrolle Schwarzarbeit \(FKS\): Mehr Qualität statt Quantität gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde im öffentlichen Dienst Bund und Kommunen bieten „Mogelpackung“ – Warnstreiks ausgeweitet

„Wir werden den Arbeitskampf in den nächsten vier Wochen weiter intensivieren müssen“, bilanzierte dbb Chef Ulrich Silberbach nach der enttäuschenden zweiten Verhandlungsrunde über die Einkommen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen.

Der Bund und die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) seien „offenbar weiterhin nicht wirklich abschlussinteressiert“, so Silberbach am 23. Februar 2023. „Vor allem die VKA spricht zwar von einem ‚überzeugenden Gesamtpaket‘, will uns aber letztlich eine unfaire Mogelpackung unterjubeln. So verhindert man weder die drohenden Reallohnverluste der Beschäftigten – vor allem in den unteren Einkommensgruppen –, noch wird man den Anforderungen an einen konkurrenzfähigen öffentlichen Dienst gerecht.“

Besonders ärgerlich sei, dass die Kommunen weiter versuchten, ihre strukturellen finanziellen Probleme in Tarifverhandlungen zu lösen. „Das ist aber definitiv der falsche Ort“, machte der dbb Bundesvorsitzende deutlich. „Eine bessere finanzielle Ausstattung müssen die Kommunen gegenüber Bund und Ländern durchsetzen. In diesem Kampf würden wir die VKA sogar unterstützen. Da sie aber versuchen, ihre Haushaltssanierung durch den Griff in die Taschen unserer Kolleginnen und Kollegen zu erreichen, wird sich dieser Tarifkonflikt in den nächsten Tagen deutlich verschärfen. Die von der bevorstehenden Ausweitung unserer Warnstreiks betroffenen Bürgerinnen und Bürger können wir nur jetzt schon um Verständnis bitten, aber verantwortlich für diese Zuspitzung sind allein Bund und VKA.“

Am 27. Februar 2023 fanden entsprechend 24-Stunden-Warnstreiks in Nordrhein-Westfalen statt, unter anderem in Düsseldorf, Hagen und Bonn. „Ohne die Flughafenfeuerwehr steht der Flugbetrieb still. Das haben die Kolleginnen und Kollegen der Werkfeuerwehr eindrucksvoll und mit Nachdruck gezeigt“, betonte Andreas Hemsing, komba Bundesvorsitzender und dbb Vize, bei einer Kundgebung in Düsseldorf. „Die Nadelstiche der ersten Streikphase haben nicht ausgereicht. Bund und Kommunen haben bislang kein akzeptables Angebot vorgelegt. Der Frust und die Enttäuschung der Beschäftigten darüber sind riesengroß. Die Arbeitgebenden tragen die volle Verantwortung für die Ausweitung der Streiks im öffentlichen Dienst wie heute am Düsseldorfer Flughafen.“

Auf der Kundgebung vor dem Stadthaus in Bonn rief dbb Verhandlungsführer Ulrich Silberbach die Arbeitgebenden auf, in der nächsten Runde in Potsdam ein wirklich einigungsorientiertes Angebot vorzulegen. „Fünf Prozent auf 27 Monate und keinerlei Mindestbetrag. Das ist kein respektvolles Angebot, sondern Ausdruck von Respektlosigkeit. Für die finanzielle Misere vieler Kommunen sind nicht die Kolleginnen und Kollegen verantwortlich und sie weigern sich jetzt zu Recht, die Zeche für eine seit Jahren verfehlte Finanzpolitik zu zahlen.“ Gegenüber dem TV-Sender Phoenix machte der dbb Chef kurz vor Beginn der Kundgebung zudem deutlich, dass er ohne Mindestbetrag keine Abschlussoption sehe: „Die Arbeitgebenden kennen unsere Forderungen seit vier Monaten. Dass sie den Aspekt einer nachhaltigen sozialen Komponente komplett ausblenden, geht gar nicht.“

Am 28. Februar waren die Beschäftigten in ganz Niedersachsen zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen. In Hannover fand Silberbach bei einer Kundgebung von über 1.500 Beschäftigten ebenfalls deutliche Worte: „Die Beton-Taktik der Arbeitgeber ist zukunftsfeindlich. Sie bremst uns aus, sie schätzt uns nicht wert und sie sendet fatale Signale an den so dringend über all unsere Branchen hinweg benötigten Berufsnachwuchs“, kritisierte Silberbach. An herausfordernden Krisen fehle es dem Staat nicht. „Betreuungs- und Bildungs-krise, Migration und Geflüchtete, Klimawende – all das muss der öffentliche Dienst schultern und zwar so schnell wie möglich.“

Alexander Zimbehl, 1. Landesvorsitzender des NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, unterstrich ebenfalls: „Die Kolleginnen und Kollegen haben keinerlei Verständnis mehr für die Hinhaltetaktik und Mogelpackungen der Arbeitgeberseite haben. Gerade in Anbetracht der Inflation und immer wieder von der Politik geäußerten Wertschätzung brauchen wir jetzt Taten, die wir in der Tasche spüren. Wertschätzung heißt leistungsgerechte Bezahlung, moderne Arbeitsbedingungen und verlässliche Perspektiven für junge Menschen. Jeder Arbeitgeber, der in diesen Punkten nicht liefert, hat heute schon verloren. Im Bereich der Daseinsvorsorge ist ein solches Szenario

schlicht keine Option, denn damit brächten wir unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität gleichermaßen in Gefahr.“

Peter Specke, 2. Landesvorsitzender des NBB und Vorsitzender der komba gewerkschaft niedersachsen, kritisierte die „Leere-Taschen-Rhetorik“ insbesondere der VKA: „Der Tarif ist der falsche Ort, um die finanziellen Probleme der kommunalen Haushalte zu lösen. Die finanzielle Lage beispielsweise der Kita-Erzieherin oder des Bauhof-Mitarbeiters ist viel dramatischer als die des Stadt- und Staatsäckels, zumal die Kommunen erwiesenermaßen Einnahmen verzeichnen und im letzten Jahr sogar einen Nettoüberschuss erzielt haben.“

Am 2. März 2023 gingen auch in Kiel mehr als 1.000 Beschäftigte gegen die Ignoranz der Arbeitgebenden von Bund und Kommunen auf die Straße. „Fünf Prozent auf 27 Monate sind kein Angebot, sondern ein schlechter Scherz“, machte Andreas Hemsing, komba Bundesvorsitzender und dbb Vize deutlich. „Wir werden der Arbeitgeberseite zeigen, was wir von solcher Respektlosigkeit halten: gar nichts“, erklärte Andreas Hemsing dort.

Heiko Teggatz, ebenfalls dbb Vize und Vorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft (BPolG/DPolG), betonte: „Wir haben eigentlich alle Wichtigeres zu tun als diesen ewigen Tarif-Tanz mit den Arbeitgebenden aufzuführen – eigentlich sorgen wir gerne dafür, dass das Land funktioniert, sich die Menschen, die hier leben, sicher fühlen und auf einen verlässlichen Staatsdienst zählen können. Aber wer meint, er könnte uns mit einem Nicht-Angebot hinter die Fichte führen, hat sich schwer getäuscht. Uns gibt es nicht zum Nulltarif, also Schluss mit dem Verhandlungsboykott, her mit einem anständigen Angebot.“

Kai Tellkamp, Vorsitzender des dbb schleswig-holstein und komba Vize, unterstrich: „Aufgrund des dramatischen Personalmangels gehen die Kolleginnen und Kollegen seit Jahren auf der Felge, managen eine Krise nach der anderen oder auch mehrere gleichzeitig. Es ist ein Rätsel, wie die Arbeitgeber mit mickrigen Krümen, die sie uns hinwerfen, den öffentlichen Dienst fit für die Zukunft machen wollen, indem sie neues Personal gewinnen. Die Lösung lautet spürbar attraktive Einkommens- und Arbeitsbedingungen. Deswegen führt an einem deutlichen Einkommensplus kein Weg vorbei.“

Die dbb jugend hat am 2. März mit einer Protestaktion in Berlin auf die Personalschieflage im öffentlichen Dienst aufmerksam gemacht und ihre Forderungen in der Einkommensrunde untermauert. „Bereits heute fehlen rund 360.000 Menschen im öffentlichen Dienst. Diese Zahl kann sich bis 2030 auf über eine Million erhöhen. Wir können es uns nicht leisten, weiter untätig zu bleiben“, mahnte dbb jugend Chef Matthäus Fandrejewski. In der Einkommensrunde mit Bund und Kommunen fordern dbb und dbb jugend unter anderem die unbefristete Übernahme von Auszubildenden. „Noch immer werden Azubis nach ihrer erfolgreichen Ausbildung nicht garantiert und unbefristet in den Staatsdienst übernommen. Gleichzeitig fehlt es an allen Ecken und Enden an Personal. Da liegt es doch auf der Hand, diejenigen zu übernehmen, die man mit viel Mühe ausgebildet hat. Das geschieht aber nicht“, machte Fandrejewski, der auch Mitglied der dbb Bundesleitung ist, deutlich.

Eine weitere Forderung ist die Entgelterhöhung für Auszubildende sowie Anwärterinnen und Anwärter um 200 Euro. „Das wäre ein dringend notwendiges, wertschätzendes Signal in Richtung der jungen Beschäftigten“, betonte Sandra Heisig, 1. stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend. Durch die Corona-Pandemie und die Folgen des Angriffskriegs auf die Ukraine hätten Auszubildende, Anwärterinnen und Anwärter in den letzten Jahren Aufgaben übernehmen müssen, auf die sie nicht vorbereitet waren. Hinzu kämen die gestiegenen Lebenshaltungskosten, mit denen besonders junge Menschen zu kämpfen hätten. Heisig: „Es kann nicht sein, dass diejenigen, die den Staat zukünftig am Laufen halten, mit ihrem Einkommen kaum über die Runden kommen!“

Auch dbb Vize und Tarifchef Volker Geyer unterstützte die Aktion vor Ort und stellte klar: „Der öffentliche Dienst braucht diese jungen Menschen dringend. Er kann es sich schlicht und einfach nicht leisten, seinem Nachwuchs noch länger vor den Kopf zu stoßen. Dass uns im öffentlichen Dienst die Fachkräfte fehlen, wissen wir nicht erst seit gestern. Wenn die Arbeitgebenden wirklich daran interessiert sind, eine Kehrtwende herbeizuführen, sollten sie die unbefristete Übernahme von Auszubildenden als Chance nutzen.“

Für die Zeit bis zur dritten Verhandlungsrunde vom 27. und 29. März in Potsdam sind weitere Aktionen angekündigt. Alle Informationen dazu gibt es unter dbb.de/einkommensrunde.

dbb frauen

Equal Care Day: Mehr Entlastung für pflegende Angehörige

Am Equal Care Day hat dbb frauen Chefin Milanie Kreutz gegenüber Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach „entschieden mehr Entlastung“ für pflegende Angehörige gefordert.

In einem Live-Gespräch auf der Social Media-Plattform „Instagram“ diskutierte Kreutz, die auch stellvertretende dbb Bundesvorsitzende ist, am 1. März 2023 mit Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach die Frage, wie pflegende Angehörige besser entlastet werden können. „Wir müssen es als eine gesamtgesellschaftliche und politisch zwingend zu behandelnde Aufgabe betrachten, die große Gruppe der pflegenden Angehörigen – das sind zu über 70 Prozent Frauen – durch Entlastung zu unterstützen und sie vor materiellen Nachteilen zu bewahren“, erklärte Kreutz. „Denn aufgrund der Care-Arbeit verlieren diese Frauen Ressourcen wie Zugänge zum Beruf und zur gesellschaftlichen Teilhabe aufgrund der häufig hinzukommenden häuslichen Isolation. Vor diesem ‚Care Gap‘ müssen wir die Pflegenden bewahren, indem wir sicherstellen, dass die Pflege von Angehörigen im 21. Jahrhundert ein sozial ausdrücklich anerkannter, beruflich vereinbar und materiell vernünftig abgesicherter Einsatz ist, der größten Respekt und Wertschätzung verdient.“

Es brauche finanzielle Unterstützung ebenso wie Maßnahmen, die verhindern, dass privat Pflegende aufgrund ihrer Care-Arbeit im Beruf benachteiligt werden, machte Kreutz deutlich und regte die Einführung einer steuerfinanzierten Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige an. „Es sollte selbstverständlich sein, dass pflegende Angehörige Anspruch auf eine angemessene finanzielle Entschädigung haben, um ihre Ausgaben für die Pflege zu decken und auch ihre eigene Lebensqualität zu erhalten, wenn sie aufgrund der Sorgearbeit, die sie leisten, beruflich und persönlich zurück-

stecken. Immerhin entlasten sie mit ihrem privaten Pflegedienst auch von der Allgemeinheit finanzierte Einrichtungen“, erklärte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung.

Augenmerk müsse man zudem gemeinsam mit den Dienst- und Arbeitgebenden auf Maßnahmen wie Flexibilisierung der Arbeitszeit, Brückenteilzeit oder etwa auch Führen in Teilzeit legen, um Beschäftigte, die Angehörige pflegen, zu entlasten und ihnen ein diskriminierungsfreies berufliches Fortkommen zu ermöglichen, betonte Kreutz. „Die Digitalisierung als Vehikel für bessere Vereinbarkeit wird uns hier ganz sicher einen gehörigen Schritt weiterbringen“, zeigte sie sich überzeugt. Darüber hinaus seien jedoch auch „konkrete rechtliche Schritte erforderlich, die sicherstellen, dass Pflegende kein materielles Nachsehen haben.“ Dies könne beispielsweise die gesetzlich verankerte Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten sein oder etwa das verbrieftete Recht von Beschäftigten, während Abwesenheitszeiten, beispielsweise aufgrund von Elternzeit oder Pflege, an beruflichen Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen. Als weitere Ansatzpunkte für eine optimale Unterstützung privater Care-Arbeitenden nannte Kreutz Sonderurlaubsregelungen und ein Recht auf Rückkehr an den alten, gleichwertigen Arbeitsplatz nach einer Pflegeauszeit. „Der öffentliche Dienst sollte bei der Entlastung der pflegenden Angehörigen als Vorbild vorangehen und auch Prozesse wie das Weiterzählen von Stufenlaufzeiten oder das Beurteilungsverfahren mit an Lebensphasen und auch an der persönlichen Situation orientierten Anlassbeurteilungen pflegendengerecht weiterentwickeln und ausgestalten“, so Kreutz.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hessen

Studie „Gewalt gegen Lehrkräfte“: Kultusministerium wiegelt ab

Das Hessischen Kultusministeriums (HKM) hat die vom dbb Hessen und der Uni Gießen vorgelegte Studie über Gewalt gegen Lehrkräfte als „nicht repräsentativ“ bezeichnet, die Zahl der meldepflichtigen Fälle „nicht gestiegen“. Beim dbb Hessen sorgte die Reaktion für Erstaunen und Unverständnis.

„Die Studie wurde mit größter Sorgfalt nach geltenden wissenschaftlichen und empirischen Maßstäben erstellt und besitzt – auch wenn sie wie viele andere Studien formal nicht repräsentativ ist – eine hohe Aussagekraft und Evidenz“, sagt der Landesvorsitzende des dbb Hessen Heini Schmitt am 23. März 2023. Die Methodik werde im Übrigen in der Studie selbst ausführlich dargelegt, die dem Ministerium auch vorliege.

Nach der Reaktion des HKM müsse jedoch befürchtet werden, dass „dort offenbar nicht allzu viel von den Problemen in den Schulen vor Ort ankommt“, so Schmitt. „Von vielen befragten Lehrkräften wurde ja genau das kritisiert: Dass

die Meldungen von Übergriffen zwar die Schulleitungen erreichen, bei den staatlichen Schulämtern hingegen selten ankämen bzw. häufig von dort keine hinreichende Unterstützung geleistet werde.“

Wenn das HKM zudem auch noch mitteile, dass die Zahl der meldepflichtigen Ereignisse nicht gestiegen sei, so müsse man sich ernsthaft fragen, wie diese dort überhaupt registriert würden. Schmitt: „Wie muss diese Reaktion aus dem Kultusministerium bei den Lehrkräften ankommen, die in der Vergangenheit Opfer geworden sind und bereit waren, im Zuge der Befragung darüber zu berichten?“

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS): Mehr Qualität statt Quantität gefordert

In der Jahresbilanz hat die Generalzolldirektion für das Jahr 2022 insgesamt 53.100 Arbeitgeberüberprüfungen durch die Zöllnerinnen und Zöllner der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) angegeben. Die rein quantitative Erfüllung von Prüfvorgaben wird aber dem immer stärker um sich greifenden Problem organisierter Formen der Schwarzarbeit nicht gerecht, kritisiert der BDZ Bundvorsitzende Dieter Dewes.

Er drängte am 24. Februar 2023 weiter auf eine Abkehr von den „Alibi-Prüfungen“ und forderte, die FKS schlagkräftiger zu machen. Eine Annäherung an die vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) gewünschte Anzahl von 55.000 durchgeführten Arbeitgeberprüfungen pro Jahr könne kein relevanter Maßstab sein, da diese nicht mit einer effektiven, an den echten Risiken orientierten Schwarzarbeitsbekämpfung gleichzusetzen sei. „Wir fordern einen flexibleren Ressourceneinsatz mit dem Ziel, mehr Qualität statt Quantität bei der Erfolgsbilanz der FKS abzubilden,“ betonte Dewes.

Die Kernproblematik liege in der schnellen Ausbreitung immer komplexer werdender organisierter Formen der Schwarzarbeit (OFS), denen mit dem bisherigen Personalaufwuchs in der FKS nicht angemessen begegnet werden könne. Allein im Baugewerbe würden Schätzungen zu Folge jährlich bis zu 286 Millionen

Euro schwarz erwirtschaftet. Um effektiv dagegen vorzugehen, fehlten dem Zoll jedoch wichtige Werkzeuge im Instrumentenkasten. Insbesondere die rechtlichen Voraussetzungen für ein behördenübergreifend vernetztes, auf Früherkennung basierendes Risikomanagement müssten geschaffen werden. Eine engere Zusammenarbeit von FKS und Zollfahndungsdienst (ZFD) wäre hierfür nötig, was jedoch eine Stärkung des ZFD voraussetze. Verschiedene Datenschutzregelungen im Sozialrecht stünden einer umfassenden Lagebildstellung zudem oftmals im Weg. Elektronische Schnittstellen zu Finanzamt, Steuerverwaltung und Sozialversicherungsträgern seien nicht hinreichend vorhanden. Nicht zuletzt sei die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mühselig, da die Organisatoren oft im Ausland säßen.

„Aufgrund dieser Entwicklungen nehmen die fachlichen Anforderungen an die Zöllnerinnen

und Zöllner von Jahr zu Jahr zu“, erklärte De-
wes. BDZ-Forderungen, insbesondere eine
Aufwertung weiter Teile der FKS vom mittleren
in den gehobenen Dienst, müssten daher end-
lich umgesetzt werden. Dies wäre auch eine

wirkungsvolle Maßnahme, um die enorme Lü-
cke von 1.800 unbesetzten Stellen in der FKS
zu schließen.

Namen und Nachrichten

Am 22. Februar 2023 veranstaltete der **dbb
brandenburg** erneut einen Parlamentarischen
Abend im Landtag. Die Veranstaltung wurde
durch das Grußwort der Landtagspräsidentin
Ulrike Liedtke eröffnet. Ministerpräsident Diet-
mar Woidke bedankte sich anschließend bei
allen Beamtinnen und Beamten und Angestell-
ten des öffentlichen Dienstes für deren hervor-
ragende Arbeit in herausfordernden Zeiten.
Geschlossen wurden die hochkarätigen Rede-
beiträge vom Innenminister Michael Stübgen.

Die **Gewerkschaft Deutscher Lokomotivfüh-
rer (GDL)** und die Südwestdeutsche Landes-
verkehrs-GmbH (SWEG) sowie die SWEG
Bahn Stuttgart GmbH (SBS) und haben das

am 2. Februar 2023 begonnene Schlichtungs-
verfahren einvernehmlich bis zum 1. April 2023
ausgesetzt und werden dieses ab dem 2. April
2023 fortführen. In der Zwischenzeit setzen die
Tarifvertragsparteien die Gespräche bilateral
ohne die Schlichter fort. Beide Parteien danken
den Vorsitzenden des Schlichtungsverfahrens,
Rezzo Schlauch und Matthias Platzeck, für
ihre bisherige wertvolle Unterstützung. Wäh-
rend der nun beginnenden Gespräche auf Ar-
beitsebene werden die Beteiligten nicht über
den aktuellen Stand informieren. Darüber hin-
aus wird in diesem Zeitraum auch der Arbeits-
kampf ruhen und damit wird auch die GDL zu
keinen weiteren Streiks aufrufen, wie die Tarif-
parteien am 27. Februar 2023 mitteilten.

Termine:

28. - 30. März 2023,

3. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

24. - 25. April 2023,

5. dbb forum Inklusion und Teilhabe

Weitere Informationen unter dbb.de.

18.- 19. September 2023

14. Forum Personalvertretungsrecht

Weitere Informationen folgen.